

Christoph Scherrer

Eine diskursanalytische Kritik der Regulationstheorie

Die in Frankreich entwickelte Regulationstheorie wurde in den 80er Jahren mit der Hoffnung, sie würde aus der sogenannten Krise des westlichen Marxismus herausführen, breit rezipiert. Die Regulationstheorie versprach die strukturalistische Sackgasse des Althusser'schen Marxismus zu überwinden, dessen Erbe sie in Frankreich antrat. Zudem schien sie eine Verbindung zu schlagen zwischen den beiden in Deutschland entlang der Linie »Basis/Überbau« entfremdeten marxistischen Diskussionssträngen, der »Staatsableitungsdebatte« einerseits und der Kritischen Theorie der »Frankfurter Schule« andererseits. Der theoretische Anspruch des Regulationsansatzes war es, die grundlegenden Veränderungen des Lohnverhältnisses inklusive der Lebensbedingungen der Lohnabhängigen zum zentralen Ausgangspunkt einer Neuinterpretation der historischen Entwicklungsphasen des Kapitalismus zu machen.¹

Fast so bekannt wie die regulationstheoretische Deutung des goldenen Zeitalter des Kapitalismus als »Fordismus« dürfte jedoch mittlerweile das Defizit der Regulationstheorie, ihre mangelnde handlungs- und staats-theoretische Fundierung, sein. Obgleich die *École de la Régulation* beansprucht, Prosperitätsphasen und Krisen kapitalistischer Entwicklung als Produkte gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und gerade nicht als Folgen angeblich objektiver ökonomischer Gesetzmäßigkeiten zu erklären, schreibt sie bisher in ihren Analysen den gesellschaftlichen Akteuren nur zu Beginn eines Akkumulationsregimes (= Phase der stabilen Kapitalreproduktion) Handlungsmacht zu. Formen staatlicher Vergesellschaftung werden zumeist allein auf ihre funktionale Rolle im Akkumulationsprozeß untersucht. Die bisherigen Versuche, dieses staats- und handlungstheoretische Defizit zu überwinden, sind wenig befriedigend ausgefallen (vgl. Jessop 1988, Bertramsen et al. 1991, Bonefeld 1991). Einen erneuten Anlauf, der Regulationstheorie ein staats- und handlungstheoretisches Fundament zu geben, haben Josef Esser, Christoph Görg und Joachim Hirsch mit dem

1 Zu den Standardwerken der Regulationstheorie zählen Aglietta (1979), Boyer (1986a, 1986b), Lipietz (1985, 1986). Eine deutschsprachige Rezeption findet sich u.a. in Hirsch/Roth (1986), Hübner (1989), Hurtienne (1988), Mahnkopf (1988), Scherrer (1992).

von ihnen herausgegebenen Sammelband *Politik, Institutionen und Staat* unternommen. Darin werden gleich zwei Baupläne einer solchen Fundierung angeboten. Hirsch und Görg versuchen über eine Auseinandersetzung mit der Strukturierungstheorie von Anthony Giddens die Regulationstheorie zu rekonstruieren und damit gleichsam die Vorstellung eines »Objektivitätsüberhangs, ... der in den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen ruht« (Esser et al. 1994: 216), zu retten. Thomas Sablowski hingegen will gerade mit dem Beharren auf diesem »Objektivitätsüberhang« brechen und orientiert sich bei seiner Rekonstruktion der Regulationstheorie an Gramscis »absolutem Historizismus«.

Welche dieser beiden Blaupausen sollte für die Konstruktion des staats- und handlungstheoretischen Fundaments der Regulationstheorie herangezogen werden? Ich werde hier die These vertreten: keine der beiden in ihrer derzeitigen Form. Hirsch/Görg reproduzieren die im Regulationsdiskurs angelegte Gegenüberstellung von stabilen, in ihrer Entwicklungsrichtung vorgegebenen Akkumulationsphasen einerseits und Krisenphasen, die offen für politische Gestaltung sind, andererseits. Der handlungstheoretische Ansatz Giddens dient ihnen nur zur Bestätigung der eigenen formanalytischen Sichtweise. Der Blaupause Sablowskis hingegen mißlingt es im Rekurs auf Gramsci, die Einsicht in die Kontingenz des Gesellschaftlichen mit den Reproduktionszusammenhängen der Ökonomie rückzukoppeln. Die letztlich jeweils einseitige Parteinahme für die in den Sozialwissenschaften traditionell gegenübergestellten Analyseebenen von Struktur und Handlung führt dazu, daß entweder die bekannten Schwächen der Regulationstheorie wiederholt oder zentrale Einsichten dieser Theorie aufgegeben werden müssen.

Einen Ansatz zur Überwindung dieser sterilen Polarität hoffe ich in den Arbeiten von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe zu finden.² Das mag überraschen, wurde doch ihre sogenannte *Diskursanalyse* zumeist als postmarxistische Verabschiedung vom Reich der Notwendigkeiten, sprich ökonomischer Determinierung, rezipiert. Auch wenn Laclau/Mouffe dieser Lesart ihres Ansatzes durch vornehmliche Beschäftigung mit im herkömmlichen Sinne »politischen« Fragen Vorschub leisteten, negieren sie in ihrem Plädoyer für das Begreifen gesellschaftlicher Wirklichkeit als ei-

2 Mein Interesse an der Diskursanalyse wurde durch die Lektüre der Arbeit von Bertramsen et al. (1991) geweckt, die einen äußerst interessanten Versuch darstellt, die Regulationstheorie, den strategisch-relationalen staatstheoretischen Ansatz von Bob Jessop und die Formanalyse Joachim Hirschs mit der Diskursanalyse von Laclau/ Mouffe zu verbinden. Allerdings gehen Bertramsen et al. etwas vorschnell von der Kompatibilität der Diskursanalyse mit der Regulationstheorie aus, ohne diese zuvor einer diskursanalytischen Kritik zu unterziehen. In einem Konferenzbeitrag hat nun Torfing zwar einen solchen Schritt unternommen, der mir aber noch zu halbherzig erscheint (Torfing 1994).

ner kontingenten nicht die Existenz von Notwendigkeiten. Vielmehr basiert ihre Diskursanalyse auf der Annahme der gegenseitigen Subversion von Kontingenz und Notwendigkeit. Dieses bisher wenig berücksichtigte Fundament will ich hier verdeutlichen. Zudem soll der theoretische Ansatz von Laclau/Mouffe als Folie für eine Auseinandersetzung mit den zwei in *Politik, Institution und Staat* angebotenen Blaupausen der Rekonstruktion der Regulationstheorie genutzt werden. Schließlich werde ich diesen Ansatz zum Ausgangspunkt für einige Überlegungen zur Frage, wie die Einsicht in die radikale Kontingenz des Gesellschaftlichen mit den zentralen Aussagen der Regulationstheorie vereinbart werden könnte, nehmen. Zunächst werde ich aber in einer Auseinandersetzung mit den Beiträgen von Görg/Hirsch und Sablowski meine Suche nach einem anderen Ansatz begründen. Sodann stelle ich knapp die zentralen Thesen von Laclau/Mouffe vor und gehe auf die Kritik an ihnen ein. Es folgt der Versuch, die Einsichten von Laclau/Mouffe zunächst kritisch auf die marxistischen Varianten der Regulationstheorie, d.h. vor allem auf die Arbeiten von Alain Lipietz und Joachim Hirsch, und dann auf die hegemonietheoretischen Arbeiten von Alexander Demirovic, Hans-Peter Krebs und Thomas Sablowski anzuwenden.

1. Politik, Institutionen und Staat

Die Aufgabe, Giddens Werk für die Regulationstheorie fruchtbar zu machen, übernahm Christoph Görg. Für ihn ist Giddens Theorie der Strukturierung vor allem deshalb eine Auseinandersetzung wert, weil sie dazu anleitet »Strukturen nicht allein als Zwang, sondern auch als *Ermöglichungsbedingung* für Handeln aufzufassen und damit die Dichotomisierung der beiden Begriffe aufzugeben« (Görg 1994b: 42). Die nähere Befassung mit dieser Theorie ergibt jedoch für Görg, daß nicht nur der Giddens'sche Handlungsbegriff »objektivistisch«, sondern auch der Strukturbegriff »subjektivistisch« verkürzt ist (ebd., 33f). Als Begründung für die These der objektivistischen Verkürzung führt er überzeugend an, daß Giddens nicht angeben kann, »wie ein intentionales Handeln zu denken wäre, dessen reflexive Selbststeuerung sich gegen die strukturellen Muster gesellschaftlicher Reproduktion entfaltet« (ebd., 55). Weniger nachvollziehbar ist die Begründung der subjektivistischen Verkürzung. Einerseits bescheinigt er Giddens »eine *reale Einschränkung* der Reflexionskapazität der Akteure gegenüber der Systemreproduktion in Rechnung« zu stellen (ebd., 53), und andererseits beklagt er, daß »ein besonderes Merkmal der Strukturprinzipien kapitalistischer Reproduktion bei Giddens außen vor [bleibt]: die Verselbständigung ihrer Strukturen gegenüber dem Handeln sozialer

Akteure« (ebd., 55). Weiterhin kritisiert Görg an Giddens, daß ihm ein Krisenbegriff fehlt und daß er nicht angeben könnte »wie ein intentionales Handeln zu denken wäre, dessen reflexive Selbststeuerung sich gegen die strukturellen Muster gesellschaftlicher Reproduktion entfaltet« (ebd., 55). Anstatt sich nun enttäuscht von Giddens abzuwenden, schlägt Görg vor, »die Aporien des von Giddens vorgelegten Lösungsvorschlags als Momente gesellschaftlicher Verhältnisse zu reinterpretieren« (ebd., 34). Die »realgeschichtlichen« gesellschaftlichen Verhältnisse würden im Moment der Krise den Übergang von einer »hermeneutischen« zu einer »strukturellen Analyse« erzwingen. In Phasen der relativen Stabilität seien Institutionen »hermeneutisch« zugänglich, aber sie dienten zugleich »als Indikatoren dafür, wo ein krisenhafter Einbruch die eingespielten Handlungsrouninen aufhebt und deshalb methodisch den Übergang zur strukturellen Analyse erfordert.« (ebd., 71f)

Wie können diese Ausführungen anders interpretiert werden, als daß Görg den Anspruch Giddens, die Dichotomie von Struktur und Handeln zu überwinden, nicht teilt? Was als Vermittlung im Sinne der Überwindung des Gegensatzes von Handlung und Struktur von mir bei Beginn der Lektüre wohl mißverstanden wurde, gerät bei ihm zur Suche nach einem *Verbindungsstück* zwischen zwei weiterhin als gegensätzlich gedachten Polen. Dieses Verbindungsstück stellen für Görg die Institutionen dar, die einerseits den Akteuren selbstbewußtes Handeln ermöglichen, andererseits aber Strukturzwängen unterworfen sind. Während die sozialen Akteure ihre Geschichte machen, wird der soziale Wandel, im Sinne der Abfolge geschichtlicher Phasen, durch den dem Kapitalismus innewohnenden Antagonismus angetrieben.

Die handlungstheoretische Herausforderung, die These, daß die fortwährende Existenz des Kapitalismus in den bewußten Handlungen der gesellschaftlichen Akteure verankert ist, nimmt Görg nur vordergründig an. Die Bedeutung von Akteurshandeln erkennt er zwar an. Im nächsten Schritt verweist er das Akteurshandeln aber auf die Ebene der Institutionen und zuletzt verdinglicht er es zu Handlungskompetenzen: »... die relative Stabilität des Kapitalismus [muß] gerade durch den Widerspruch von Handlungskompetenzen und Strukturprinzipien hindurch verstanden werden« (ebd., 73). Das Fortbestehen des Kapitalismus kann somit wieder rein strukturell, d.h. ohne Bezug auf Präferenzen, Intentionen und Handlungen der Individuen erklärt werden.

Während Görg noch mit der Dimension des Handelns ringt, nähert sich Joachim Hirsch in seiner eleganten Ableitung des Staates aus der Formanalyse kapitalistischer Vergesellschaftung dieser Dimension mit einer Frage, die schon vorwegnimmt, daß Akteurshandeln Strukturen unterge-

ordnet ist: »Wie also werden die sozialen Akteure dazu veranlaßt, in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Reproduktion des Kapitals zu handeln?« (Hirsch 1994: 185). Die Antwort kann dann nur noch lauten:

»Sie sind gezwungen, ihre materiellen Lebensverhältnisse zunächst einmal *unter den gegebenen Vergesellschaftungsverhältnissen* zu sichern« (ebd., 187, Herv. i. Orig.).

Weil die Herausgeber des Bandes in den politischen Prozeß eingreifen wollen, können sie es nicht bei diesem »Objektivitätsüberhang« belassen. Im gemeinsam geschriebenen Schlußkapitel verschaffen sie dem bewußten Handeln der Akteure doch noch einen theoretischen Raum: nämlich in den Krisen der Regulation, in den Übergangsphasen von einem Akkumulationsregime zum anderen. Damit erreichen sie allerdings wieder den Ausgangspunkt ihrer Arbeit. Die angestrebte Vermittlung von Struktur und Handlung weicht der Gegenüberstellung von offener Krise und stabiler Akkumulationsphase.

Thomas Sablowski hingegen wendet sich ausdrücklich gegen das Beharren auf einen »Objektivitätsüberhang« bzw. einen »Akkumulationsimperativ«. Er versucht Gramscis Begriffe *Hegemonie* und *Historischer Block* für die Regulationstheorie fruchtbar zu machen. Obwohl sich in den regulationstheoretischen Arbeiten immer wieder Ansätze finden, den Zusammenhang von Akkumulationsregime und Regulationsweisen als Produkt eines historischen Blocks zu interpretieren (bereits bei Aglietta 1979: 29), überzeugt die These von Sablowski, daß diese Arbeiten dazu neigen, »Hegemonie zu einer Restgröße« schrumpfen zu lassen, »die für die Anpassung des Verhaltens von Akteuren an vorausgesetzte Erfordernisse der Systemreproduktion sorgt« (Sablowski 1994: 133). Demgegenüber macht Sablowski die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen zur Konstitution von Hegemonie. Dabei löst er allerdings die traditionelle Dichotomie von Struktur und Handlung einseitig zugunsten von Handlung auf. Ökonomische Krisen interpretiert er als Folge von Konstellationen »einer Vielzahl von unkoordinierten Akteuren«, zu deren Erklärung »der Rückgriff auf eine aparte 'Struktur' nicht notwendig« sei (ebd., 149). Auch betont er, daß Institutionen als historische Kompromisse aufzufassen sind, die sich höchstens im nachhinein als funktional für die Kapitalakkumulation erweisen könnten (ebd., 151). Diese Betonung von Kräfteverhältnissen wäre überzeugender, wenn Sablowski sich u.a. mit folgenden Fragen beschäftigt hätte: Wie kommt es zu Konjunkturzyklen, wieso werden einige Strukturmerkmale des Kapitalismus auch über historische Blöcke hinweg reproduziert, und was passiert, wenn ein Kompromiß zwischen gesellschaftlichen Akteuren sich als nicht funktional für einen historischen Block erweist? Wann immer über die bloße Proklamation von »bewußt handelnden kompetenten Akteuren« hinausgegangen werden müßte, bleibt der Text von Sablowski stumm.

2. Der diskursanalytische Ansatz von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe

Das zentrale Anliegen der Arbeiten von Laclau/Mouffe ist es, die »essentialistischen Apriorismen« in der marxistischen Theorietradition zu überwinden. Zu diesen Essentialismen zählen sie den *Klassismus*, das heißt die Vorstellung, daß die Arbeiterklasse den privilegierten Akteur sozialer Veränderung darstellt, den *Etatismus*, d.h. die Vorstellung, daß die Ausdehnung der Rolle des Staates das Allheilmittel für sämtliche Probleme ist und schließlich den *Ökonomismus*, d.h. die Vorstellung, daß ökonomische Entwicklungen eindeutig bestimmbare politische Effekte zeitigen (Laclau/Mouffe 1991: 241). Eine Folge dieser »Ismen« sei es gewesen, daß Bündnispolitik zur Überwindung kapitalistischer Vergesellschaftung nur in Form einer Verknüpfung zwischen Repräsentanten objektiver Interessen (konstituiert auf dem Feld der Produktionsverhältnisse) gedacht werden konnte (ebd., 95). Selbst bei Gramsci fände sich noch als letzter Kern der Identität hegemonialer Subjekte der Bezug zur a priori gesetzten Klasse (ebd., 134). Mit solchen essentialistischen Vorstellungen könnte nur durch die Einführung »radikaler Kontingenz« gebrochen werden: alle Beziehungen zwischen gesellschaftlicher Identität, Interesse und Position müßten als kontingent gedacht werden. Erst wenn gesellschaftliche Identitäten und Interessen nicht auf jeweils »objektive« Bezugsgrößen fixiert werden, sei eine Artikulation zwischen diesen denkbar, wobei unter Artikulation eine Praxis zu verstehen sei, »die eine Beziehung zwischen Elementen so etabliert, daß ihre Identität als Resultat (...) modifiziert wird« (ebd., 155).

In ihrem Versuch das Gesellschaftliche als radikal kontingent zu begründen, hinterfragen Laclau und Mouffe die marxistische Tradition, Bewegungsgesetze für gesellschaftliche Entwicklung aufzuspüren. Sie kritisieren vor allem jede Geschichtsphilosophie, die von der Entfaltung einer dialektischen Einheit von Widersprüchen ausgeht. Es mache keinen Unterschied, ob die elementaren Gesetzmäßigkeiten der Geschichte auf Ideen (Hegel) oder auf die Widersprüche zwischen der Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen (Marx) zurückgeführt würden. Denn beiden unterliege die Vorstellung, daß es ein grundlegendes Entwicklungsgesetz der Geschichte gäbe, das konzeptionell erfaßt werden könnte. Von der Rationalität der Wirklichkeit auszugehen, auch im Namen des »Materialismus«, heißt aber dem Idealismus verhaftet zu bleiben (Laclau/Mouffe 1987: 88).

Ihr Idealismusvorwurf zielt nicht nur auf das krude Geschichtstelos, sondern auch auf die Vorstellung der Existenz zweier Ebenen, einer des *Wesens* und einer anderen der *Erscheinung*. Bedeutungsinhalte seien nicht

durch ein dem Gegenstand oder der Praxis innewohnendes Wesen bestimmt, sondern durch diskursive Artikulation: »außerhalb eines diskursiven Kontextes *besitzen* Gegenstände *kein* Sein, sondern nur eine *Existenz*« (Laclau/ Mouffe 1987: 85; Übersetzung Ch.S., Herv.i. Orig.). Als Beispiel führen sie an, daß ein Stein zwar unabhängig von jedwedem System gesellschaftlicher Beziehungen existiert, aber Identität als ein Wurfgeschöß oder als ein Objekt ästhetischer, kontemplativer Betrachtung nur innerhalb eines spezifischen Diskurses annimmt. Es liegt nicht im *Wesen* eines Steins, Wurfgeschöß etc. zu sein. Der Charakter des *Seins* von Objekten ist von historischer, kontingenter und konstruierter Art. Selbst wenn mit *Wesen* kein transzendentes »Wesen« gemeint ist, sondern ein Bewegungsgesetz gesellschaftlicher Verhältnisse, würde gesellschaftliche Praxis durch die Berufung auf die innere Logik eines in sich geschlossenen, abstrakten Modells bestimmt werden, d.h. die Wirklichkeit würde auf eine ihr innewohnende Essenz reduziert. Materialistisch sei hingegen die Annahme, daß die Wirklichkeit (Materie) nicht auf ein bloßes Konzept (Form) reduziert werden könnte; es gäbe keine besondere Objektivität (wie etwa »objektive« Bewegungsgesetze der Gesellschaft), die eine Art von Ursprung bildet, aus dem sich alles weitere ableiten läßt (Laclau/Mouffe 1987: 82-88).³

Der Vorstellung, gesellschaftliche Wirklichkeit könnte auf die Zwangsläufigkeit eines immanenten Gesetzes reduziert werden, stellen Laclau/Mouffe ihr Konzept der radikalen Kontingenz des Gesellschaftlichen gegenüber. Sie begründen ihr Konzept damit, daß jeder Versuch, die Bindung zwischen gesellschaftlicher Wirklichkeit und immanenten Gesetzen zu lokern, ohne daß die Vorstellung von solchen Gesetzen aufgegeben wird, letztlich doch wieder auf eine notwendige Determinierung des Gesellschaftlichen hinausläuft. So würde beispielsweise bei Althusser durch die Einführung des Begriffs *Überdeterminierung* die Kontingenz des Gesellschaftlichen anerkannt, aber durch das Postulat, die Ökonomie determiniere in letzter Instanz die Gesellschaft, zugleich widerrufen werden. Denn das Feld der *Überdeterminierung* würde durch die *letzte Instanz* auf ein Feld kontingenter Variationen einer letzten, essentiellen Determination begrenzt werden. Die Differenzen zwischen den Variationen könnten demnach in der Erfassung gesellschaftlicher Wirklichkeit vernachlässigt werden, da ihre Vielfalt letztlich determiniert sei. Deshalb sei das Konzept der *Überdeterminierung* nur gehaltvoll, wenn keine *letzte Instanz*, sondern radikale Kontingenz angenommen wird (Laclau/Mouffe 1991: 144-147; siehe auch Derrida 1995: 199-276).

3 Laclau/Mouffe erklären sich selbst zu »materialistischen Realisten«: Realisten, weil sie eine Welt von Gegenständen außerhalb der Gedanken anerkennen; Materialisten, weil sie Materie nicht auf Form reduzieren (Laclau/Mouffe 1987: 86-89).

Für Laclau/Mouffe impliziert die Behauptung, daß Objektivität kontingenter Natur sei, jedoch nicht die Abwesenheit notwendiger Beziehungen. Würden letztere abwesend sein, wäre jeglicher kohärente Diskurs unmöglich, denn dann würde nur Unbestimmtheit vorherrschen. Ein Diskurs, der Bedeutung nicht fixieren kann, sei der Diskurs des Psychotikers (Laclau/Mouffe 1991: 164). Laclau/Mouffe leugnen somit nicht die Existenz notwendiger Beziehungen, aber sie sehen diese immer wieder unterminiert durch etwas, was sie *Antagonismus* nennen. Ihre inhaltliche Füllung dieses Begriffs unterscheidet sich von der herkömmlichen. Laclau/Mouffe definieren Antagonismus als »ein Verhältnis, worin die Grenzen jeder Objektivität *gezeigt* werden« (ebd., 181). Dieser Definition liegt die Überlegung zugrunde, daß es zu einer Totalität, deren Elemente nicht fixiert sind, ein nicht auf diese Totalität reduzierbares Äußeres geben muß. Während in der Hegelschen Dialektik die Negation einer objektiven Position wieder Moment einer umfangreicheren, These und Antithese umfassenden Totalität darstellt, zeigt der diskurstheoretische Antagonismus als Negation einer gegebenen Ordnung die Grenze dieser Ordnung auf, ohne, daß sich diese Negation mit dem Negierten wieder zu einer höheren Einheit zusammenschließen könnte (ebd., 176-183).

Eine antagonistische Kraft erfüllt laut Laclau/Mouffe gleichzeitig zwei wichtige und widersprüchliche Aufgaben: sie »blockiert« die volle Konstitution der Identität dessen, zu dem sie in Opposition steht, und sie ist Teil der Existenzbedingungen dieser Identität. Die erste Aufgabe könnte sie nicht erfüllen, ohne daß zuvor eine Identität bestünde. Es sei unmöglich die Existenz von etwas zu bedrohen, ohne diese Existenz gleichzeitig zu bekräftigen. Somit sei Kontingenz nicht die Negation von Notwendigkeit, sondern das Element von Unreinheit, das dessen volle Konstitution deformiert und behindert. Die zweite Aufgabe ergäbe sich aus der Relationalität aller Identitäten (sind Identitäten nicht mehr wesensmäßig bestimmt, so können sie sich nur im Verhältnis zu anderen Identitäten konstituieren). Die Identität von etwas bliebe durch die ihr oppositionell gegenüber tretende Kraft nicht unbeeinflusst. Dadurch gerate der Antagonismus zur Existenzbedingung der Identität, die er zugleich unterminiert. Diese wechselseitige Subversion von Kontingenz und Notwendigkeit stellt das ontologische Fundament der Theorie von Laclau/Mouffe dar (Laclau 1990: 27).

Die zentrale These ist somit, daß Identitäten, d.h. die Bedeutung von Objekten und gesellschaftlichen Praxen, zwar fixiert werden können, und somit auch in notwendigen Beziehungen treten können, daß diese Festsetzungen aber weder von Dauer sind noch zu einer Schließung der sie umfassenden Totalität führen. Dies gilt auch für Strukturen, d.h. Gesetze gesellschaftlicher Praxis, die Wiederholungen steuern. Strukturen erreichen

nie eine Geschlossenheit, in der alle Elemente bestimmt wären, sondern erfahren ständige Brüche und Verschiebungen, die im diskurstheoretischen, sich geologischer Termini bedienenden Begriffslexikon *Dislozierungen* genannt werden. Ohne diese könnte es keine Kontingenz geben. Ebensovienig wie Strukturen erreichen Subjekte eine in sich geschlossene Identität, denn diese ergibt sich nur in Relation zu anderen Identitäten, die alle ebenso ständig von Antagonismen unterminiert werden. Daraus folgt eine gegenseitige Bestimmung von Subjekt und Struktur. Das Subjekt resultiert aus der Dislozierung (Verschiebung) einer Struktur, d.h. der Unmöglichkeit einer Struktur, sich vollständig zu konstituieren. Die Struktur ist umgekehrt die Unmöglichkeit des Subjekts, alles Diskursive (d.h. alle Äußerungen und Handlungen, alles Verschweigen und Unterlassen) immer wieder neu zu generieren (ebd., 41). Diese gegenseitige Bestimmung bedeutet nicht, daß das Subjekt Teil einer Struktur ist, sondern im Gegenteil, daß es seine Qualitäten als Subjekt nur deshalb besitzt, weil die Struktur sich nicht schliessen kann. Laclau veranschaulicht diesen Zusammenhang anhand eines Gedankenspiels:

»Was passiert wenn eine Struktur, die mich determiniert, sich nicht vollständig realisieren kann, weil ein radikales Außen - welches mit dem Inneren der Struktur keinen gemeinsamen Grund teilt - sie disloziert? Die Struktur wird mich offensichtlich nicht determinieren können, und zwar nicht weil ich ein *Sein* unabhängig von der Struktur habe, sondern weil es dieser mißlang, sich vollständig zu konstituieren (...). Ich bin *verdamm*t dazu frei zu sein, nicht weil ich keine strukturelle Identität habe, wie es die Existentialisten behaupten, sondern weil ich eine *mißlungene* strukturelle Identität habe. Dies bedeutet, daß das Subjekt partiell selbstbestimmt ist.« (1990: 44; Übersetzung Ch.S., Herv.i. O.)

Die Anspielung auf den existentialistischen Freiheitsbegriff sollte nicht wörtlich genommen werden, da erstens die Selbstbestimmung nicht Ausdruck von dem ist, was das Subjekt seinem »Wesen« nach ist, sondern vom Mangel an seinem »Sein« (ebd.,). Zweitens tangiert die Dislozierung einer Struktur nicht alle Praxen eines in dieser Struktur sich befindlichen Individuums (oder Kollektivs). Bezüglich der anderen Praxen wird das betroffene Individuum zunächst in sogenannten »Subjektpositionen« (d.h. in strukturell vorgegebenen Positionen) verharren (ebd., 61), die wiederum strukturierend auf die Handlungsmöglichkeiten des Individuums hinsichtlich der dislozierten Struktur wirken (vgl. ebd., 66). Es ist allerdings anzunehmen, daß die partielle »Subjektwerdung« andere Praxen des betreffenden Individuums nicht unberührt läßt, so daß sich hieraus wieder ein Anstoß zur Dislozierung einer dieser anderen Strukturen ergeben kann.

Die Dichotomie von Struktur und gesellschaftlichen Akteuren bleibt bei Laclau/Mouffe der gesellschaftlichen Wirklichkeit eingeschrieben, da sie die Existenz von Subjekten als Resultate einer Dislozierung einer Struktur definieren. Diese Dichotomie verliert aber an polarer Gegensätzlichkeit, da

nun beide Pole nicht mehr als voneinander autonome Wesen konzipiert werden, sondern sich gegenseitig als Folge ihrer jeweiligen Dislozierung konstituieren. Struktur und Subjekt sind gleich ursprünglich. Durch ihre Definition wird zudem a priori keine Identität zwischen Individuum und Subjekt im emphatischen Sinne (d.h. einem reflexivem bewußten Menschen) hergestellt. Wann und inwieweit ein Individuum zum Subjekt avanciert, wird somit theoretisch nicht vorentschieden.

3. Die Diskurstheorie in der Kritik

In ihrem Versuch, die Regulationstheorie handlungstheoretisch zu fundieren, warfen Hans-Peter Krebs und Thomas Sablowski Laclau/Mouffe vor, »in die Nähe des Feyerabend'schen 'anything goes'« zu geraten (1992: 108).⁴ Variationen dieses Vorwurfs schöpfen im wesentlichen den Horizont der Kritik aus. Beklagt wird zum einen der fehlende Bezug zur Materialität des Gesellschaftlichen, und zum anderen der Verlust des Strukturbegriffes.

So wirft Bob Jessop Laclau/Mouffe vor, erkenntnistheoretisch »leere Realisten« zu sein. Sie würden zwar eine Wirklichkeit jenseits menschlichen Denkens anerkennen, aber sie billigen dieser außerhalb ihrer diskursiven Thematisierung keine Relevanz für menschliche Gesellschaft zu. Polemisch zugespitzt schlußfolgert deshalb Jessop, daß es in der Laclau'schen Welt möglich sein müßte, Gestein diskursiv in Gold zu verwandeln (Jessop 1990: 295). Auf einen ähnlichen Vorwurf von Norman Geras (1987) antworteten Laclau und Mouffe zum einen mit dem Hinweis, daß sie (im Unterschied zu Foucault) mit dem Begriff Diskurs nicht nur sprachliche Praxis, sondern die Gesamtheit von sprachlicher und nicht-sprachlicher Praxis bezeichnen (Laclau/Mouffe 1987: 85).⁵ Daraus folgt, daß Gold durchaus diskursiv, d.h. mittels menschlicher Praxis und Know-how, aus Gestein geschieden werden kann (beim gegenwärtigen Stand der Technik muß das Gestein natürlich Goldadern aufweisen). Zum anderen betonen Laclau und Mouffe nochmals, daß die Bedeutung eines jeweiligen Gegenstandes (oder auch einer Praxis) nicht einer intrinsischen Eigenschaft entspringt, sondern sich diskursiv herstellt (ebd.). Daß Gestein in Form von Gold die Bedeutung von Schmuck oder eines Wertspeichers annimmt, ist offensichtlich Folge gesellschaftlicher Konventionen. Der Behauptung, Laclau/Mouffe würden die Unterscheidung zwischen Struktur und Handeln zugunsten von Letzterem auflösen (Cainzos 1994: 95f; Reinfeldt/Schwarz 1993), sind

4 Dabei wird Feyerabend (1983) für die Kontroverse Struktur vs. Handlung vereinnahmt, während sich sein »anything goes« ausschließlich auf den Prozess des Erkennens bezog.

5 Wobei sie sich auf Wittgensteins »Sprachspiele« beziehen (Laclau/Mouffe 1991: 159).

durch die Präzisierungen Laclaus (1990) die Grundlagen entzogen worden. Subjekt und Struktur sind als Begriffe direkt aufeinander bezogen: Aus der Dislozierung einer Struktur resultiert das Subjekt (siehe oben).

Insgesamt verfehlt somit die Kritik mit dem Vorwurf des »anything goes« ihr Ziel. Zudem fällt auf, daß der Frage ausgewichen wird, wie für Kontingenz in den gesellschaftlichen Praxen auf andere Weise ein theoretischer Raum geschaffen werden kann, als durch den skizzierten Prozeß der Dislozierung. Wenn Essentialismen in der Analyse des Gesellschaftlichen vermieden werden sollen, dann bestehen kaum Alternativen zur Diskurstheorie von Laclau/Mouffe.

Den Kritikern muß jedoch konzediert werden, daß - in den Worten von Giaco Schiesser - »Laclau/Mouffes Begrifflichkeit noch zu allgemein, zu arm an Bedeutung ist, um die wirklichen sozialen Kämpfe und Praxen zu analysieren« (1992: 80; siehe auch Böke 1993). Auch wenn die Dimensionen Materialität und Struktur im Ansatz von Laclau/Mouffe verankert sind, so bleiben die konkreten Prozesse der Etablierung und Dislozierung von Strukturen und Identitäten theoretisch unklar. Laclau/Mouffe haben zwar ausgehend von ihrer ursprünglichen Fragestellung, wie auf dem heterogenen Feld des Gesellschaftlichen emanzipative Bewegungen hegemonial werden können, ihren Ansatz für die Untersuchung ideologischer Auseinandersetzungen bei der Etablierung von Hegemonie fruchtbringend angewendet (Laclau/Mouffe 1991; Mouffe 1988; Laclau 1992). Dabei klammerten sie aber die Dimension ökonomischer Reproduktion weitgehend aus.

Der Erwartungshorizont gegenüber der Diskursanalyse sollte entsprechend begrenzt werden. Von ihr kann keine »positive« Analyse aller gesellschaftlichen Praxen erwartet werden. Einen Ertrag verspreche ich mir von einer Befragung anderer Ansätze auf der Folie diskursanalytischer Einsichten. Diese könnten dazu beitragen, etwa die Regulationstheorie aus deterministischen und essentialistischen Sackgassen herauszuführen.

4. Die Regulationstheorie aus diskursanalytischer Sicht

Einige Problembereiche, die Laclau/Mouffe im traditionellen marxistischen Denken ausgemacht haben, kommen auch in der Regulationstheorie vor. Vor allem findet sich innerhalb der Regulationstheorie die Tendenz, sich auf die interne Logik eines geschlossenen begrifflichen Modells zu berufen und dann dieses Modell zum (begrifflichen) Wesen des Realen zu transformieren. In mehr oder minder starkem Maße werden innerhalb der Regulationsliteratur abstrakte Kategorien, wie z.B. Akkumulationsregime, als Realobjekte verwendet und in einigen Fällen sogar noch als Subjekte

(»Der Fordismus«) beseelt.⁶ Zwar wurde im Zuge der Debatte deutlich, daß außerhalb der USA und Frankreichs die jeweiligen Akkumulationsregime der Nachkriegszeit nicht dem Idealtypus Fordismus entsprachen. Diese Abweichungen wurden aber zumeist einfach nur klassifiziert, um sie dann im weiteren als jeweils nationalspezifische Idealtypen zu behandeln (vgl. Hirsch/Roth 1986, Boyer 1992). Darüber hinaus neigen einige Regulationisten dazu, bei der Verwendung des Begriffspaares Akkumulationsregime und Regulationsweise das alte Basis-Überbau Schema zu reproduzieren, indem sie dem Akkumulationsregime, und damit der »Ökonomie«, Priorität einräumen (vgl. Boyer 1992, Jessop 1992).

Ausführlicher will ich hier die Tendenz, die innere Logik eines Modells zur Wirklichkeit zu erheben, an den Versuchen einer wertheoretischen Fundierung der Regulationstheorie und am Umgang mit dem Begriff des Widerspruchs aufzeigen. Diese Schwerpunktsetzung ergibt sich zum einen daraus, daß diese Versuche meine eigene Untersuchung des US-amerikanischen Akkumulationsregimes angeleitet haben (Scherrer 1992). Zum anderen wurde die wertheoretische Variante der Regulationstheorie im deutschen Sprachraum positiver rezipiert als die preistheoretische (vgl. Altwater 1988, Hirsch 1990, Hübner 1989, Hurtienne 1988, Lüthje 1993).

Kritik der Gesetzesgläubigkeit I: Werttheorie

Hier soll kein Abschied von der Marxschen Werttheorie gefeiert werden. Als *Theorie* kann sie auf Wirkungszusammenhänge kapitalistischer Vergesellschaftung aufmerksam machen, z.B. auf die Aneignung des Mehrwerts durchs Kapital trotz formal-juristischer Gleichstellung (vgl. Heinrich 1991) oder auf mögliche Krisentendenzen wie der Fall der Profitrate aufgrund einer steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals. Doch sollte nicht vergessen werden, daß sie als *Gesetz* auf ähnlich restriktiven Annahmen beruht, wie das neoklassische Marktmodell (z.B. hohe Zahl von Markttransaktionen, hohe Faktormobilität). Bei der Untersuchung konkreter Gesellschaften, die die bürgerliche Utopie einer reinen Marktgesellschaft noch längst nicht erreicht haben und wahrscheinlich auch nicht erreichen werden (das Verdienst der Regulationstheorie gegenüber der Neoklassik besteht gerade darin, das aufgezeigt zu haben), entstehen deshalb Übertragungsprobleme. Diese lassen sich jedoch nicht als »Vermittlungsprobleme« fassen, wie dies Görg (1994a: 14) und Hirsch (1994: 168) vorschwebt. Als ein Begriff aus der Dialektik unterstellt »Vermittlung« einen

6 Siehe z.B. den Titel meiner Untersuchung zur Auto- und Stahlindustrie in den USA (Scherrer 1992) und vgl. die Schemata einzelner Akkumulationsregime bei Lipietz (1985b: 124f), De Vroy (1984), Gouverneur (1983: 196f) und Aglietta (1982).

Zusammenhang vom Wesen und seiner Erscheinung (der mittels eines Systems logischer Übergänge ermittelt werden kann), der erst nachgewiesen werden müßte (vgl. Laclau/Mouffe 1987: 93; Laclau/Mouffe 1991: 143). Die Übertragungsprobleme werden auch nicht geringer, wenn eine Expansion marktförmiger Vergesellschaftungsformen beobachtet wird, also eine Entwicklung zum Ideal hin (so Hirsch 1990: 31). Die aus dem Modell des *reinen* Kapitalismus gewonnenen Einsichten können nämlich nur dann für die Erklärung dieses Expansionstrends als angemessen bezeichnet werden, wenn unterstellt wird, daß der Trend zur Vervollständigung von den gleichen Ursachen getrieben wird, die im vervollständigten Stadium wirken. Konkret läßt sich die Übertragungsproblematik am Versuch Hirschs, mittels einer Formanalyse die Regulationstheorie gesellschaftstheoretisch zu fundieren, aufzeigen. Zwar betont Hirsch, daß die Wertformanalyse »die Durchsetzung der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise in reiner und fertiger Form« (1994: 162) voraussetzt, und er deshalb zunächst »von der konkreten Existenz nicht-kapitalistischer Produktionsverhältnisse (...) als auch von [dem Kapitalverhältnis nicht entsprungenen] gesellschaftlichen Antagonismen« absieht. Ähnlich aber wie viele derjenigen, die sich des spieltheoretischen Instrumentariums bedienen, wendet er, nachdem er die innere Logik seines Wertformmodells erläutert hat, dieses Modell ohne Berücksichtigung der vorher geäußerten Caveats (hinsichtlich den restriktiven Randbedingungen) auf die Wirklichkeit an. So treten die von ihm zunächst unter restriktiven Modellannahmen entdeckten *sozialen Formen* im nächsten Schritt dann fetischisiert und verdinglicht »den Individuen als Objektzusammenhänge entgegen« (ebd., 163).⁷

Vor ähnlichen Schwierigkeiten steht der elaborierte Versuch von Alain Lipietz, die Regulationstheorie werttheoretisch zu fundieren (1985a, 1985b). Als entscheidende Krisenursache kapitalistischer Akkumulationsprozesse bestimmt Lipietz eine wachsende Diskrepanz zwischen der Ebene der objektiven sozialen Verhältnisse, die das ökonomische Leben strukturieren und dessen Dynamik bestimmen, die er in Anlehnung an eine Marx'sche Begriffsbildung als *esoterischen* Raum bezeichnet, und der Ebene der bürgerlichen Ökonomie, der Einkommen etc., die Ökonomie der *exoterischen* Beziehungen. Die relative Autonomie der Oberflächenbeziehungen beruhe im wesentlichen auf einer Wertform, die er wiederum in Anlehnung

7 Die erkenntnistheoretisch problematische Auffassung Hirschs, daß abstrakte Kategorien als Ausdruck eines objektiven Zusammenhangs Wirkungen entfalten, wird in der folgenden Textstelle besonders deutlich: »Unter 'Produktionsweise' ist (...) kein gedankliches Abstraktum zu verstehen. Sie bezeichnet vielmehr einen *realen* und *objektiven*, sich hinter dem Rücken der Individuen herstellenden Struktur- und Entwicklungszusammenhang, der für die kapitalistische Gesellschaft all gemein und ungeachtet aller raum-zeitlichen Besonderheiten bestimmend ist.« (Hirsch 1990: 31)

an Marx als »im Entstehen begriffener Wert« (value-in-process) bezeichnet (vgl. MEW 23: 170, MEW 26.3: 134).⁸ Damit sind Formen abstrakter Arbeit gemeint, die noch nicht realisiert worden sind. Während der Wert als solcher gesellschaftlich und synchron entsteht (im Tausch), ist der Charakter des »im Entstehen begriffenen Wertes« individuell und diachron (Lipietz 1985a: 29). Diese Werte werden aber im »normalen« Akkumulationsverlauf von den ökonomischen Subjekten als »berufen zur Realisierung« (destined to be realized) angesehen, d.h. ihre gesellschaftliche Anerkennung wird vorweggenommen. Mit der Sicherheit, mit der die Realisierung der »im Entstehen begriffenen Werte« angenommen wird, nehmen die Unternehmen ihre Kalkulationen vor, inklusive ihrer Ansprüche am gesellschaftlichen Mehrprodukt. Diese Annahme ist um so berechtigter, je mehr die Produktion aufgrund institutioneller Formen (z.B. durch Tarifverträge) im voraus gesellschaftlich anerkannt wird (*prevalidated*). Damit wachsen die Kohärenz und die Autonomie der exoterischen Beziehungen, wobei sie sich gleichzeitig verfestigen. Die ständige »Revolutionierung der Produktion« führt jedoch dazu, daß in den tatsächlichen Tauschakten, die in ihrer synchronen und augenblicklichen Art weiterhin dem Wertgesetz unterliegen, die Wertverhältnisse sich ebenso beständig verschieben, so daß die »ominösen Tendenzen kapitalistischer Akkumulation (ein Anstieg des relativen Mehrwerts und der organischen Zusammensetzung des Kapitals, der tendenzielle Fall der Profitrate) schließlich eine graduelle Anhäufung von Abweichungen erzeugt, die in eine Krise münden« (Lipietz 1985a: 31; Übersetzung Ch.S.). Die Frage nach der tatsächlichen Krisendynamik ist dann ein Problem der empirischen Untersuchung (Lipietz 1986a: 16).

Mit der Unterscheidung von esoterischer und exoterischer Ebene trägt Lipietz der Einsicht Rechnung, daß die Tauschrelationen (die Preise) nicht unmittelbar vom Wertgesetz gesteuert werden. Er hält aber an der Vorstellung fest, daß »in letzter Instanz« ein Steuerungsverhältnis vorliegt, und diese Instanz sei der synchrone Tausch. Lipietz wählt diese Instanz und nicht eine objektive Wertgröße (nämlich die gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit), da er sich der Probleme einer substantiellen Fassung des Werts bewußt ist (1985a: 4; 1985b: 115; s. auch Heinrich 1991). Der »synchrone Tausch« soll also den Wert als gesellschaftliches Verhältnis zum Ausdruck bringen, und zwar konkret und nicht nur in der Vorstellung. Doch soll der tatsächlich konkret stattfinden, dann kann er nur auf der exoterischen Ebene vollzogen werden. Auf dieser Ebene kann der »synchrone Tausch«-Wert genausowenig wie der durch den diachronen

8 Lipietz wurde vor allem durch das Kapitel »Wesentlicher Unterschied zwischen der klassischen und der Vulgärökonomie« in den *Theorien über den Mehrwert* (MEW 26.3: 489-512) inspiriert.

Tausch »im Entstehen begriffene« Wert unter Absehung der jeweiligen institutionellen Ausprägung des Marktes gefaßt werden. Der »synchrone Tausch« kann somit nicht den »diachronen« steuern, sondern steht neben diesem auf der selben Ebene (vgl. die Kritik von Görg 1994c: 100). Die Einsicht in das Wertgesetz erlaubt nur die Vermutung, daß, wenn im synchronen Tausch häufig genug der Preis der Ware den im diachronen Tausch erzielten unterbietet, sich entweder der Preis der Ware im diachronen Tausch nach unten anpassen wird oder die betreffenden Anbieter aus dem Markt gedrängt werden. Zeitpunkt und Ausmaß beider Reaktionsmöglichkeiten sind ohne genaue Kenntnis der Tauschkontexte (z.B. Marktein- und austrittsbedingungen, Käuferverhalten etc.) schwer vorherbestimmbar.

Nur in der neoklassischen Utopie vom »atomistischen« Markt werden Anpassungsprozesse »gesetzesmäßig« vollzogen. Die in Abstraktion von den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen der Warengesellschaft ermittelten Einsichten können aber keine Gesetzeskraft erlangen, solange diese Warengesellschaften nicht durchgängig marktförmig reguliert werden. Die abstrakten Gesetzmäßigkeiten wirken auch nicht in letzter Instanz oder gewähren Spielräume (so als würde Justitia mit mehr oder weniger verbundenen Augen richten), sondern sind zunächst nichts anderes als Abstraktionen. Deren heuristischer Erkenntniswert ist dann als besonders gehaltvoll anzunehmen, wenn die zentralen kapitalistischen Vergesellschaftungsmodi weit verbreitet, tief in den Diskursen der solcherart vergesellschafteten Individuen verankert sind und bei Herausforderungen von starken gesellschaftlichen Gruppen verteidigt werden (siehe unten).

Kritik der Gesetzesgläubigkeit II: Dialektischer Widerspruch

Nicht weniger problematisch als der Versuch, aus den allgemeinen kapitalistischen Vergesellschaftungsmodi Bewegungsgesetze zu abstrahieren, sind theoretische Bemühungen, solche Gesetze auf der Ebene des Akkumulationsregimes zu identifizieren. So faßt Lipietz ein Akkumulationsregime als eine zeitweise Stabilisierung der grundlegenden Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise auf, dessen Ende durch die erneute Entfaltung dieser Widersprüche sowie der Erschöpfung der Produktivitätsreserven des jeweiligen Produktionsparadigmas bewirkt wird (1985b; 1992: 31). Den Begriff Widerspruch verwendet Lipietz dabei »hegelianisch«: die einer Erscheinung immanenten Gegensätze treiben in Einheit und Kampf gesellschaftliche Entwicklungen voran.⁹ Für ihn gilt: »jede der elementaren

9 Konkret heißt es bei Lipietz: »A contradiction, however, implies both 'unity' and 'struggle' between two moments. When unity is dominant, reproduction goes ahead without any major problem. When divergences between esoteric and exoteric begin to mount up, it is

Strukturen des Kapitalismus ist für sich ein Widerspruch« (1992: 39), insbesondere das Lohn- und das Warenverhältnis (1985b: 115; 1985a: 163).

Die Denkfigur des dialektischen Widerspruchs ist aus diskursanalytischer Sicht nicht fruchtbringend auf gesellschaftliche Wirklichkeit anwendbar, insofern unter Dialektik eine Lehre über die wesentlich widersprüchliche Natur des Realen und nicht lediglich eine Lehre über die empirische Existenz von Widersprüchen in der Realität verstanden wird (Laclau/Mouffe 1991: 176-183; Laclau 1990: 4-10). Gegen die Lipietz'sche Verwendungsweise lassen sich vor allem zwei Einwände formulieren.

Zum einen macht der Versuch, die Bewegung eines Akkumulationsregimes aus seinen gegensätzlichen Bestimmungen zu erklären, es erforderlich, den Begriff Akkumulationsregime zur Bezeichnung einer in sich geschlossenen Totalität zu verwenden. Akkumulationsregime, wie eng man sie auch zeitlich und räumlich definiert, gibt es in der kapitalistischen Wirklichkeit jedoch weder in Reinform noch abgeschottet gegenüber anderen Akkumulationszusammenhängen. Daß in Zeit und Raum immer komplexe Regime diverser Akkumulationsstrategien existieren, wird von Lipietz nicht bestritten (1985b: 119). Er zieht aus dieser Einsicht aber nicht die naheliegende - Konsequenz, daß beim Auftreten »unreiner« Momente, ein Bewegungsgesetz nicht mehr eindeutig aus der gegensätzlichen Bestimmung des Regimes abgeleitet werden kann.

Zum anderen kann das Lohn- und Warenverhältnis per se nur dann als widersprüchlich bezeichnet werden, wenn über die Akteure in diesen Verhältnissen Annahmen getroffen werden, die nicht in diesen Verhältnissen begründet sind. Laclau kann überzeugend nachweisen, daß die ökonomischen Kategorien Kapital und Arbeit als Anbieter und Nachfrager von Arbeitskraft kein Verhältnis sich gegenseitig negierender Pole darstellen, denen ein unversöhnlicher Gegensatz innewohnt (1990: 9). Erst wenn wiederholt die Vorstellungen über das zu erwartende Marktergebnis auseinanderfallen, kann ein Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit unterstellt werden. Die Erwartungen bilden sich aber außerhalb der Arbeitsmarktbeziehung, vor allem im chronologischen oder synchronen Vergleich. Nur wenn man normative Annahmen über die Individuen macht (z.B. daß sie alle materiell gleich ausgestattet sein müßten) läßt sich das Lohnverhältnis als ein a priori widersprüchliches, antagonistisches Verhältnis auffassen.

Ebensowenig ist erkennbar, daß im *Warenverhältnis* ein Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Warenproduktion und ihrer privaten Organisation vorliegt. In arbeitsteiligen Gesellschaften bedarf es

the crisis which in the end has either to re-establish unity or to drive forward a transformation in the system of relations.« (1985a: 69f). Ähnlich »hegelianisch« z.B. auch (1985a: 12, 55, 62).

der gesellschaftlichen Vermittlung zwischen den Individuen über Art und Höhe von Produktion und Konsumtion. Dabei sind Konflikte über Leistungsverausgabung und Verteilung nicht allein der kapitalistischen Vergesellschaftung eigentümlich. Auch daß die Vermittlung nicht krisenfrei gelingt, ist kein besonderes Merkmal des Kapitalismus (nur für den von Marx anvisierten, aber nicht konkretisierten Kommunismus soll dies nicht zutreffen). Widersprüchlich wird das Warenverhältnis erst wieder durch zusätzliche normative Annahmen. Wenn sich im gesellschaftlichen Charakter bspw. eine gleichmäßige Verteilung des Mehrproduktes ausdrücken soll, dann steht dieser Anspruch im Gegensatz zur privaten Produktion.

Schließlich finden sich innerhalb der Regulationsschule noch Anklänge an einen weiteren, für das marxistische Denken zentralen Widerspruch, nämlich den zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften. Obwohl Marx die Produktivkraft als ein gesellschaftliches Verhältnis begriff, wird in vielen marxistischen Diskursen die Entwicklung der Produktivkräfte als Resultat des in Maschinen verdinglichten technischen Fortschritts angesehen (wozu aber auch Marx selbst beigetragen hat, vgl. Oetzel 1978, bzw. MEW 3: 29f). Vergleichbar mit Michael Burawoys (1985) Betonung der *politics of production* versucht die Regulationstheorie Vorstellungen entgegenzuwirken, die das Gesellschaftliche auf die Ebene der Verteilung verbannen. Die Entwicklung der Produktivkräfte wird deshalb als Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um die Organisation der Produktion aufgefaßt (Aglietta 1979: 111-150). Doch mit der Argumentationsfigur, daß jedes Produktionsparadigma in dem Maße wie es weiterentwickelt wird, die organische Zusammensetzung des Kapitals erhöht, und dadurch die Krise eines Akkumulationsregimes einleitet,¹⁰ wird diese Einsicht wieder vertan.

Obleich Lipietz jegliches Geschichtstelos ablehnt (1985b: 114), führt er ein solches durch seinen Widerspruchsbegriff auf der Ebene des Akkumulationsregimes wieder ein. Die Entwicklungsdynamik eines Akkumulationsregimes wird durch seine entgegengesetzten, sich widersprechenden Bestimmungen vorgegeben. Gegenüber den geschichtsdeterministischen Vorstellungen der II. Internationalen verkürzt sich in der Lipietz'schen Welt der Akkumulationsregime nur der Zeithorizont der Determination. Bildlich ausgedrückt, schnürt dieser von einer historischen Epoche auf den Zeitraum von mehr oder weniger einer Generation zusammen. Kontingenz gesellschaftlicher Entwicklung muß Lipietz und mit ihm Esser, Görg und Hirsch in die Übergangsperiode von einem Akkumulationsregime zum anderen verbannen (in die historische »Fundgrube«).

10 So etwa Lipietz: »any 'new' technological paradigm, through economies of constant capital and/or gains in productivity, requires a lighter organic composition of capital than the former paradigm, but grows heavy as it deepens along its own line« (1986a: 26).

Kritik der Gesetzesverleugnung

Nach der Kritik an der werttheoretisch fundierten Regulationstheorie will ich mich nun den Autoren zuwenden, die diese Kritik zumindest implizit teilen und in vieler Hinsicht ähnlich wie Laclau/Mouffe argumentieren. Wie bereits angedeutet, machen sich diese Autoren allerdings nicht die von Laclau/Mouffe vertretene Auffassung einer gegenseitigen Subversion von Struktur und Subjekt zu eigen. Sie tendieren eher dazu, die Bedeutung von Strukturen entweder völlig zu verneinen (Krebs/Sablowski 1992, Sablowski 1994) oder sie als »bewußte und gewußte Praxis« auf handlungskompetente Individuen zurückzuführen (Demirovic 1992).

Sablowskis Gesellschaftsanalyse beginnt daher nicht mit einer Untersuchung allgemeiner Vergesellschaftungsprinzipien, sondern mit der wohl von Giddens inspirierten Feststellung, daß Geschichte »nur als Produkt kompetenter Akteure« zu verstehen sei, wobei diese Akteure allerdings »keine unvergesellschafteten Individuen, sondern immer schon relational aufeinander bezogen« seien (Sablowski 1994: 145). Diese Relationen zwischen den Akteuren seien dezentral und vielfältig. Selbst im entwickelten Kapitalismus sei das Kapitalverhältnis nur eines unter anderen gesellschaftlichen Verhältnissen: »Die kapitalistische Produktionsweise existiert nie in reiner Form, keine Gesellschaftsformation geht in ihrer Bestimmung als kapitalistische auf« (ebd., 141). Zudem sind die gesellschaftlichen Praxen immer nur partiell und vorübergehend fixiert, was gerade auch für »die Ökonomie« gelte, deren gesellschaftlicher Platz historischen Veränderungen unterworfen und die auch nie vollständig autonom sei.

Nicht irgendeine Systemlogik steuere die dezentralen kollektiven Praktiken, sondern diese werden durch diskursive Überformung stabilisiert. In Gesellschaften, die von der Arbeitsteilung zwischen Kopf und Hand geprägt sind, sind es die Intellektuellen (im gramscianischen Sinne), die versuchen, die dezentralen Praxen diskursiv zusammenzuführen (ebd., 150-152). Die Rolle der Intellektuellen wurde vor allem von Demirovic gearbeitet, der sie wie folgt zusammenfaßt:

»Die diskursiven Praktiken von Intellektuellen sind also von entscheidender Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung, insofern sie bestimmte Tendenzen ausmachen, sie verstärken, befestigen und zu einer stabilen kollektiven Lebensweise verallgemeinern.« (Demirovic 1992: 152)

Als Folge dieser theoretischen Operationen wird der Status des Begriffs Akkumulationsregime neu bestimmt. Dieser kennzeichnet nicht mehr spezifische Phasen kapitalistischer Vergesellschaftung, stellt nicht mehr die Matrix für einen stabilen Akkumulationsprozeß dar, nach der sich alle gesellschaftlichen Praxen ausrichten müssen, sondern wird dem Begriff *historischer Block* untergeordnet, wird zu einem Bündel von gesellschaftli-

chen Verhältnissen unter anderen. Dadurch wird erreicht, daß Hegemonie von einer Restgröße, die den Zusammenhalt eines Akkumulationsregimes garantiert, zur vorgängigen Größe avanciert.

Diese Darstellung gesellschaftlicher Praxis als ein »ständig bewegtes Kräfteverhältnis« überwindet zwar den latenten Funktionalismus der Regulationstheorie, allerdings um den Preis, daß funktionale Zusammenhänge der Analyse nicht mehr zugänglich sind. Die Frage, was passiert, wenn ein Kompromiß zwischen gesellschaftlichen Akteuren sich als nicht funktional für einen historischen Block erweist, wird nicht gestellt.

Gleichfalls vermeidet Sablowski durch die Unterordnung des Begriffs *Akkumulationsregime* unter den Begriff *historischer Block* das Problem Vergesellschaftungsformen auf der Zeitachse mittels Idealtypen von einander abzugrenzen, die in empirischen Untersuchungen, wenn überhaupt, nur für kurze Zeiträume aufzufinden sind (siehe die Kritik von Clarke 1991: 118). Die Abgrenzung historischer Blöcke steht allerdings als Aufgabe sowohl theoretisch als auch empirisch noch aus. Die von Hirsch aufwendig betriebene Verortung des Staates im Verhältnis zu den ökonomischen Praxen entfällt ebenfalls im Ansatz von Sablowski. Er übernimmt Demirovics Definition:

»'Staat' ... ist eine der von Intellektuellen in der Sphäre der Zivilgesellschaft ausgearbeiteten kollektiven Gewohnheiten, eine Denk-, Wissens- und Hegemoniepraxis einer jeweiligen Gruppe von Intellektuellen. Er ist das Ergebnis eines Führungs- und Machtwissens und die Form einer Selbstführung, mit anderen Worten: ein gelebtes soziales Verhältnis« (Demirovic 1990: 26; zitiert nach Sablowski 1994: 153).

Als ein solches Verhältnis sei der Staat weder aus den ökonomischen Praxen ableitbar noch a priori Regulationsinstanz der Ökonomie. Doch welche Bedeutung hat der Staat als Wissenspraxis der Intellektuellen für den kapitalistischen Akkumulationsprozeß? Diese Frage klammert Sablowski explizit aus (ebd., 154).

Die Einführung des Begriffs *Intellektuelle* erfolgt zwar bei beiden Autoren unter emphatischer Bezugnahme auf Gramsci, aber wird ihre Verwendung dieses Begriffes dem Werk Gramscis gerecht? Der Intellektuelle ist bei Gramsci weder Trendsetter (wie bei Demirovic, s.o.) noch »Führer und Organisator größerer Kollektive« (Sablowski 1994: 150)¹¹, sondern »Vermittler« zwischen Führern und Massen. Intellektuelle organisieren entweder den Staat für die herrschende Klasse (Typus traditioneller Intellektueller) oder die Wirtschaft, als Spezialisten der angewandten Wissenschaften (Typus moderner Intellektueller). Im heutigen Duktus wären Gramscis moderne Intellektuellen die neuen Mittelschichten, die für die Arbeiterklasse in der Auseinandersetzung mit dem Kapital potentiell Bündnispart-

11 Bei Krebs/Sablowski werden die Intellektuellen noch zwischen den Klassen verortet, aber ohne ihr Verhältnis zu Bourgeoisie oder Arbeiterklasse näher auszuführen (1992: 117).

ner sind. Zu *organischen* Intellektuellen werden bei Gramsci Mitglieder dieser Schicht nicht aufgrund ihrer Selbsteinschätzung, sondern aufgrund ihrer Unterordnung unter die Führung der jeweiligen Klassen (vgl. Buci-Glucksmann 1981: 44; Gramsci 1992: 516). Ebenso wie Gramsci Intellektuelle im Klassenschema verortet, läßt er die Ausübung von *Hegemonie* in der Produktion wurzeln (Buci-Glucksmann 1981: 78). Kurzum, die von Demirovic und Sablowski vorgenommene inhaltliche Füllung des Begriffs *Intellektuelle* wird durch Gramsci nicht gedeckt.

Wenngleich sie ihre Differenz zu Gramsci nicht explizit ausweisen, so ergibt sich diese folgerichtig aus ihren Intentionen, weder den gesellschaftlichen Akteuren a priori Interessen zuzuweisen noch der Produktion unhinterfragt Priorität zukommen zu lassen. Dieser über Gramsci hinausweisende Schritt wird allerdings bei ihnen mit einem wenig präzisen Begriff von Intellektuellen erkaufte. Bis auf die Handarbeiter fallen alle gesellschaftlichen Individuen unter diesen Begriff, der somit eine erstaunliche Nähe zum Subjektbegriff der traditionellen Handlungstheorie aufweist. Der strukturalistischen Kritik am emphatischen Subjektbegriff wird zwar insofern Rechnung getragen, daß nicht alle gesellschaftlichen Individuen zu Subjekten erhoben werden, sondern eben nur die Intellektuellen. Doch selbst diese Unterscheidung wird nicht konsequent aufrechterhalten. So heißt es bei Demirovic, daß im Kapitalismus die Individuen »ihre soziale Praxis als ein ökonomisches Verhältnis leben ... Sie verhalten sich wesentlich als bürgerliche Ökonomen« (Demirovic 1992: 150). Mithin verhalten sich auch die Arbeiter der Faust, wenn sie ihre Arbeitskraft verkaufen, wie Volkswirte, sind also Intellektuelle.¹²

Die Kennung aller gesellschaftlicher Individuen als kompetente Akteure folgt m.E. zwangsläufig aus ihrem Bemühen, den Strukturbegriff zu überwinden, denn der Ausschluß einer Gruppe von Individuen vom Status Subjekt kann nur unter Rekurs auf Strukturen begründet werden (oder muß als bewußter Akt des Selbstausschlusses gefaßt werden). Trotz gegenteiliger Intentionen landen Sablowski und Demirovic bei einem emphatischen Akteursbegriff und damit auch in der Nähe des Voluntarismus. So sehen sie die Reproduktion der Gesellschaft dadurch gewährleistet,

»daß individuelle und kollektive Praktiken durch immer wieder neue intellektuelle Orientierungen und Praktiken zur Formierung neuer Regelmäßigkeiten beitragen, die Ökonomisierung neuer Lebensbereiche vorantreiben und damit den Reproduktionskreislauf anstoßen« (Demirovic 1992: 153).

Aus diesem Blickwinkel erscheint das Unterfangen der Regulationstheorie als müßig:

¹² Bei Sablowski heißt es: »... soziales Handeln (...) muß (...) als bewußtes Handeln kompetenter Akteure aufgefaßt werden« (1994: 145).

»Das Geheimnis, das die Regulationisten ständig lüften wollen: was nämlich die antagonistische Gesellschaft eigentlich zusammenhält, ist keines.« (ebd.)

Diese Kritik an der Regulationstheorie reicht weit über die von Laclau/Mouffe inspirierte hinaus. Letztere richtete sich gegen das Konzept von sich entfaltenden Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise, nicht aber gegen die Möglichkeit, daß gesellschaftliche Praxen in Widerspruch geraten (siehe unten) und ebenfalls nicht gegen die Existenz von Antagonismen. Auch steht bei den Regulationisten nicht die Frage im Vordergrund, was die Gesellschaft zusammenhält, sondern was den ökonomischen Reproduktionszusammenhang gewährleistet. Daß die Möglichkeit für eine krisenhafte Entwicklung nicht nur rein theoretischer Art ist, dürften die Weltwirtschaftskrise oder die Schuldenkrise der 80er Jahre hinreichend belegt haben. Auch wenn »neue intellektuelle Orientierungen« Krisen überwinden oder zumindest verschieben konnten, so doch nur unter erheblichen Kosten für eine große Anzahl von Akteuren.

Selbst Sablowski, der diesem radikalen Bruch mit der Regulationstheorie nicht folgt, kommt zu voluntaristischen Schlußfolgerungen, sobald er sich mit seinem theoretischen Ansatz der Wirklichkeit nähert. Im Rahmen der Lean-Produktion-Debatte stellt er zusammen mit Hans-Peter Krebs fest, daß die verschärfte Weltmarktkonkurrenz unter den Belegschaften eine erhöhte Identifikation mit den Unternehmenszielen und damit eine erhöhte kollektive Selbstüberwachung erzwingt. Dieser Zwang könnte jedoch »in Richtung einer Demokratisierung der Wirtschaft« genutzt werden (1992: 126f). Es mag noch vorstellbar sein, daß sich in einzelnen Betrieben Mitsprachemöglichkeiten eröffnen und diese auch genutzt werden (wobei allerdings extern gesetzte Rentabilitätskriterien anerkannt werden müssen), aber für »die Wirtschaft« als solche kann eine zunehmend marktformige Regulierung nur eine Abschottung gegenüber kollektiven Willensbildungsprozessen bedeuten.

Gegenüber diesem Verzicht auf den Strukturbegriff bietet die diskursanalytische Annahme einer gegenseitigen Subversion von Struktur und Subjekt einen plausibleren Ansatz zur Analyse gesellschaftlicher Hegemonie. Letztere beruht darauf, daß Praxen strukturiert und somit nicht hinterfragt sind, bzw. höchstens in einem gesellschaftlich nicht relevanten Maße hinterfragt werden. Die ständigen Dislozierungen der Strukturen bewirken jedoch, daß ebenso beständig Subjekte geschaffen werden, die gezwungen werden, durch Akte der Identifizierung neue Identitäten anzunehmen und damit auch die Strukturen ihres Handelns »sinnhaft« zu verbinden. Diese Subjekte können im »Imaginären«, d.h. im durch die Struktur nicht lesbaren Raum (Laclau 1990: 60-67), Bedeutungen neu schaffen, auch Strukturen einen »neuen Sinn« verleihen, aber sie können Strukturen außerhalb

des dislozierten Bereichs nicht voluntaristisch ändern. Da Strukturen nicht um ein Zentrum gruppiert sind und sie auch nicht »wesensmäßig« miteinander verbunden sind, können sie auch nicht von einem privilegierten Ort aus modifiziert werden. Die jeweiligen Existenzbedingungen der Strukturen müßten zunächst unterminiert werden.

Der Mangel *eines* Zentrums schließt nicht die Existenz von verschiedenen Zentren oder von Hierarchien unter den Strukturen aus (wie Thomsen [1991: 163] und Cainzos [1994] meinen). Zentren gesellschaftlicher Praxen können nämlich nur bestehen, insoweit eine Struktur nicht völlig geschlossen ist. Im Falle der Schließung würde nämlich jedes Element der Struktur nur eine relationale Identität mit allen anderen Elementen besitzen (Laclau 1990: 40). Konkret bedeutet dies, daß einige Praxen, bzw. Bündel von Praxen (wie z.B. das Lohn- oder Warenverhältnis) auf andere Praxen strukturierend wirken können. Inwieweit sie dies können, hängt zum einen von der Art ihres Verhältnisses zu den anderen Praxen und zum anderen von ihrer eigenen gesellschaftlichen Verankerung ab. Ich möchte dies mit folgendem Gedankenspiel erläutern: Haben mit »B« bezeichnete Praxen die mit »A« bezeichneten Praxen als Voraussetzung, und verlangt die Durchführung der mit »C« bezeichneten Praxen eine Modifikation der A-Praxen, dann wirken die A-Praxen in Bezug auf B- und C-Praxen strukturierend. Wenn allerdings die Akteure der B- und C-Praxen die A-Praxen ohne besonderen Aufwand verändern können, dann können zwar die B-Praxen weiterhin die A-Praxen zur Voraussetzung haben, aber die Akteure der B-Praxen können die Voraussetzung für diese Praxen selbst schaffen (ebenso wie die Akteure der C-Praxen die A-Praxen so verändern können, daß die C-Praxen möglich werden). Deshalb hängt die Strukturwirkung der A-Praxen davon ab, inwieweit sie der Verfügung der Akteure der B- und C-Praxen entzogen sind. Generell ist die gesellschaftliche Verfügbarkeit von Praxen u.a. davon abhängig

- wie sehr sie räumlich und zeitlich ausgedehnt sind,
- wie selbstverständlich sie geworden sind,
- wie negativ die voraussichtlichen Folgewirkungen ihrer Veränderung eingeschätzt werden,
- welche Sanktionen im Falle von Veränderungsversuchen vorgesehen sind,
- inwiefern Akteure bereit sind, wenn die bisherigen Mechanismen zur Aufrechterhaltung der Praxen nicht mehr ausreichen, diese Praxen zu verteidigen, welche Ressourcen sie dabei im Vergleich zu den auf Veränderung drängenden Akteuren mobilisieren können und wie sie diese Ressourcen einsetzen.

Diese das Feld sicherlich nicht erschöpfenden Überlegungen (vgl. Bertramsen et al. 1991: 200) zeigen, daß die Einsicht in die Kontingenz des

Gesellschaftlichen nicht in einen Voluntarismus à la Demirovic münden muß.

5. Konsequenzen für den Umgang mit der Regulationstheorie

Aus der diskursanalytisch angeleiteten Kritik der »Gesetzesgläubigkeit« sowie der »Gesetzesverleugnung« ergibt sich für die Regulationstheorie vor allem eine Relativierung ihrer Erklärungsansprüche, ohne daß allerdings ihre Einsichten in die Strukturzusammenhänge der kapitalistischen Produktionsweise gänzlich aufgegeben werden müßten. Mit den folgenden drei Thesen sollen die wesentlichen Konsequenzen der Kritik knapp zusammengefaßt werden:

1. Die Vorstellung eines sich selbst reproduzierenden Kapitalismus (bzw. eines Akkumulationsregimes) muß aufgegeben werden. Aus der Durchsetzung zentraler kapitalistischer Vergesellschaftungsmodi ergibt sich nicht deren automatische Reproduktion. Die prekäre Fixierung der Formen kapitalistischer Vergesellschaftung ist nur im Rahmen einer hegemonialen Struktur denkbar, sie kann einer solchen Struktur nicht vorgängig sein.

Formanalyse muß deshalb aber nicht aufgegeben werden, nur kann sie nicht für sich beanspruchen, mittels der Verdinglichungsthese die Reproduktion kapitalistischer Vergesellschaftungsweisen erschöpfend erklären zu können. Ausgehend von der Annahme, daß die wesentlichen kapitalistischen Vergesellschaftungsmodi relativ stabil hegemonial fixiert sind, kann die Formanalyse auf bestimmte funktionale Zusammenhänge, bzw. Inkompatibilitäten, aufmerksam machen.

2. Daß die Kapitalakkumulation tatsächlich den zentralen Stellenwert besitzt, der ihr von der Regulationstheorie beigemessen wird, kann nicht von vornherein als selbstverständlich gelten, sondern bedarf der Begründung durch eine Analyse der hegemonialen Artikulationen innerhalb der Diskursformation. Selbst wenn sich für eine solche Annahme bezüglich industrieller Gesellschaften plausible Gründe nennen lassen (wovon ich ausgehe), sollte der Erklärungshorizont der Regulationstheorie nicht zu weit gesteckt werden. Den Anspruch, eine Gesellschaftstheorie im emphatischen, von Esser et al. eingeklagten Sinne zu sein (1994: 7), kann sie aufgrund ihres engen Fokus auf den Akkumulationsprozess (und sei er noch so zentral für die gesellschaftliche Reproduktion) nicht erfüllen. Wird nämlich die Reproduktionsfähigkeit kapitalistischer Vergesellschaftung als in erster Linie abhängig von einem kohärenten Akkumulationsregime betrachtet, dann kann der Staat nur mehr unter dem Blickwinkel analysiert werden, inwieweit er zur Etablierung einer diesem korrespondierenden hegemonialen Struktur beiträgt. Die Hirsch'sche Formanalyse überwindet diesen

Ökonomismus nicht, da sie ebenfalls den Akkumulationsimperativ apriori setzt. Die Regulationstheorie sollte deshalb eher als eine Theorie zur Analyse von Akkumulationsprozessen unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Praxen gesehen werden, wobei sie die Hegemonialstruktur kapitalistischer Gesellschaften als gegeben voraussetzt. Die Bemühungen um eine staatstheoretische Fundierung wären dann überflüssig.

3. Die Denkfigur von distinkten, chronologisch durch Krisen markierten Akkumulationsregimen sollte aufgegeben werden. Ein Akkumulationsregime stellt keine Totalität dar, deren Strukturen geschlossen sind. Diese sind vielmehr ständigen Dislozierungsprozessen ausgesetzt, die die Individuen partiell als Subjekte »freisetzen«. Der Zusammenhang eines Akkumulationsregimes ist daher von den Diskursen dieser Subjekte im Zusammenspiel mit den jeweils nicht dislozierten Strukturen abhängig. Daraus folgt, daß der Lebenszeitzyklus eines Akkumulationsregimes nicht durch die Entfaltung seiner inhärenten Widersprüche vorgegeben ist. Die Entwicklungsrichtung eines Akkumulationsregimes ist jederzeit latent offen. Umgekehrt stellen Krisen des Akkumulationsregimes keine völlig offenen Situationen dar. Die betroffenen Individuen bleiben vergesellschaftet, also in Strukturen »eingebettet«, da der die Krise kennzeichnende Strukturbruch nicht total ist, d.h. nicht alle gesellschaftlichen Strukturen erfaßt. Sowohl diese nicht affizierten Strukturen als auch das dem jeweiligen Akkumulationsregime »Äußere« wird auf den Krisenbewältigungsdiskurs der Subjekte einwirken. Handeln bleibt somit nicht auf die Krise beschränkt, aber auch in dieser löst es sich nicht vom Wechselspiel der gegenseitigen Subversion von Kontingenz und Notwendigkeit.

Literatur

- Aglietta, Michel (1982): World Capitalism in the Eighties, in: *New Left Review*, 136, S. 5-41.
- Aglietta, Michel (1979): *A Theory of Capitalist Regulation*, New York.
- Altvater, Elmar (1988): Die Enttäuschung der Nachzügler oder: Der Bankrott »fordistischer« Industrialisierung, in: *Mahnkopf*, S. 144-181.
- Bertramsen, René Bugge, Jens Peter Frølund Thomsen, Jacob Torfing (1991): *State, Economy and Society*, London.
- Böke, Henning (1993): Zur Konstruktion des Sozialen. Eine Auseinandersetzung mit Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, in: *Z Nr.* 13, 165-173.
- Bonefeld, Werner (1991): The Reformulation of State Theory, in: *Bonefeld/Holloway*, S. 35-68.
- Bonefeld, Werner; Holloway, John (Hg.) (1991): *Post-Fordism and Social Form. A Marxist Debate on the Post-Fordist State*, London.
- Boyer, Robert (1992): Neue Richtungen von Managementpraktiken und Arbeitsorganisation. Allgemeine Prinzipien und nationale Entwicklungspfade, in: *Demirovic et al.*, S. 55-103.
- Boyer, Robert (1986a): *Capitalismes fin de siècle*, Paris.
- Boyer, Robert (1986b): *La théorie de la regulation: Une analyse critique*, Paris.
- Buci-Glucksmann, Christine (1981): *Gramsci und der Staat*, Köln.
- Burawoy, Michael (1985): *The Politics of Production*, London.

- Cainzos, Miguel (1994): Marxism, Post-Marxism, and the Actionalist Turn in Social Theory, in: Piotr Sztompka (Hg.) *Agency and Structure. Reorienting Social Theory*, Switzerland, S. 83-123.
- Clarke, Simon (1991): Overaccumulation, Class Struggle and the Regulation Approach, in: *Bonefeld/Holloway*, S. 103-134.
- Demirovic, Alex (1992): Regulation and Hegemonie. Intellektuelle, Wissenspraktiken und Akkumulation, in: *Demirovic et al.*, S. 128-157.
- Demirovic et al. (Hg.) (1992): *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*, Münster
- Demirovic, Alex (1990): Der Staat als Wissenschaftspraxis, in: *kultuRRevolution* Nr.22.
- Derrida, Jacques (1995): *Marx' Gespenster*, Frankfurt/M.
- De Vroey, Michel (1984): A Regulation Approach Interpretation of the Contemporary Crisis, in: *Capital and Class*, No. 23, S. 45-66.
- Esser, Josef, Christoph Görg und Joachim Hirsch (1994): Von den »Krisen der Regulation« zum »radikalen Reformismus«, in: *Esser et al.* S. 213-228.
- Esser, Josef; Christoph Görg, Joachim Hirsch, (Hg.) (1994): *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*, Hamburg.
- Feyerabend, Paul (1983): *Wider den Methodenzwang*, Frankfurt/M.
- Geras, Norman (1987): Post-Marxism?, in: *new left review* no 163, S. 40-82.
- Görg, Christoph (1994a): Regulation - ein neues 'Paradigma'?, in: *Esser et al.* S. 13-30.
- Görg, Christoph (1994b): Der Institutionenbegriff in der »Theorie der Strukturierung«, in: *Esser et al.* S. 31-84.
- Görg, Christoph (1994c): Krise und Institution, in: *Esser et al.* S. 85-132.
- Gouverneur, Jacques (1983): *Contemporary Capitalism and Marxist Economics*, Martin Robertson.
- Gramsci, Antonio (1992): *Gefängnishefte*, hg. v. Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, Hamburg.
- Heinrich, Michael (1991): *Die Wissenschaft vom Wert*, Hamburg.
- Hirsch, Joachim (1990): *Kapitalismus ohne Alternative?*, Hamburg.
- Hirsch, Joachim (1994): Politische Form, politische Institutionen und Staat, in: *Esser et al.* S. 157-212.
- Hirsch, Joachim; Roth, Roland (1986): *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*, Hamburg.
- Hübner, Kurt (1989): *Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie*, Berlin.
- Hurtienne, Thomas (1988): Entwicklungen und Verwicklungen - methodische und entwicklungstheoretische Probleme des Regulationsansatzes, in: *Mahnkopf*, S. 182-224.
- Jessop, Bob (1988): Regulation Theories in Retrospect and Prospect, in: *Economy and Society* 19, S. 153-216.
- Jessop, Bob (1990): *State Theory. Putting Capitalist States in their Place*, Cambridge.
- Jessop, Bob (1992): Regulation und Politik. Integrale Ökonomie und integraler Staat, in: *Demirovic et al.*, S. 232-262.
- Krebs, Hans-Peter; Sablowski, Thomas (1992): Ökonomie als soziale Regularisierung, in: *Demirovic et al.*, S. 104-127.
- Laclau, Ernesto (1990): *New Reflections on the Revolution of Our Time*, London.
- Laclau, Ernesto (1992): Universalism, Particularism, and the Question of Identity, in: *October* 61, S. 83-90.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1987): Post-Marxism without Apologies, in: *new left review* no 166, S. 79-106.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie*, Wien.
- Lipietz, Alain (1985a): *The Enchanted World. Inflation, Credit and the World Crisis*, London.
- Lipietz, Alain (1985b): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff der »Regulation«, in: *PROKLA* 58, S. 109-137.
- Lipietz, Alain (1986a): Behind the Crisis: The Exhaustion of a Regime of Accumulation. A »Regulation School« Perspective on some French Empirical Works, in: *Review of Radical*

- Political Economics*, Vol.18 no 1&2, S. 13-32.
- Lipietz, Alain (1986b): *Mirage and Miracles*, London.
- Lipietz, Alain (1992): Vom Althusserismus zur »Theorie der Regulation«, in: *Demirovic et al.*, S. 9-54.
- Lüthje, Boy (1993): *Die Neuordnung der Telekommunikation in den USA. Krise fordistischer Akkumulation, Deregulierung und Gewerkschaften*, Wiesbaden.
- Mahnkopf, Birgit (Hg.) (1988): *Der gewendete Kapitalismus*, Münster.
- MEW, Karl Marx, Friedrich Engels, *Werke*, hg. vom IML beim ZK der SED, Berlin (DDR) 1956ff.
- Mouffe, Chantal (1988): Hegemonie und neue politische Subjekte, in: *kultuRRévolution*, Nr. 17/18.
- Oetzel, Klaus-Dieter (1978): *Wertabstraktion und Erfahrung. Über das Problem einer historisch-materialistischen Erkenntniskritik*, Frankfurt/M.
- Reinfeldt, Sebastian; Schwarz, Richard (1993): *Konstruktion des politischen oder Dekonstruktion der Politik? Kommentar zu Laclau/Mouffe*, Manuskript.
- Sablowski, Thomas (1994): Zum Status des Hegemoniebegriffs in der Regulationstheorie, in: *Esser et al.*, S. 133-156.
- Scherrer, Christoph (1992): *Im Bann des Fordismus. Die Auto- und Stahlindustrie der USA im internationalen Konkurrenzkampf*, Berlin.
- Schiesser, Giaco (1992): Für eine Hegemonie ohne Hegemon. Anmerkungen zu Laclau und Mouffe, in: *Widerspruch*, 24, S. 72-82.
- Torfin, Jacob (1991): A Hegemony Approach to Capitalist Regulation, in: *Bertramsen et al.*, S. 35-94.
- Torfin, Jacob (1994): *A Hegemony Approach to Capitalist Regulation*, paper prepared for the EAPE 1994 Conference: »Challenge to Institutional and Evolutionary Theory: Growth, Uncertainty and Change«, 27-29 October, Copenhagen.